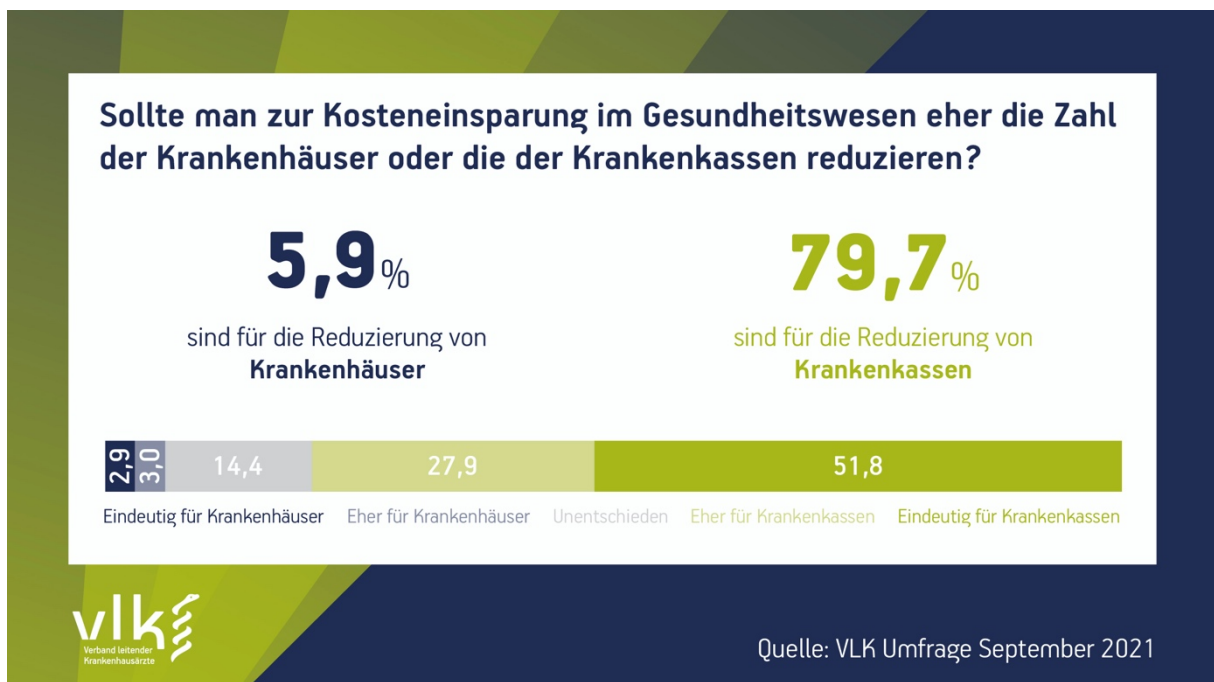


Repräsentative Umfrage: Bürger:innen legen Wert auf erreichbare Krankenhäuser – und würden dafür an Krankenkassen sparen

Lieber ein Krankenhaus in erreichbarer Nähe als die Auswahl zwischen 103 verschiedenen gesetzlichen Krankenkassen: So lautet das Fazit der 2.500 Bundesbürger:innen, die das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag des Verbandes der leitenden Krankenhausärzte (VLK) für eine aktuelle repräsentative Umfrage befragt hat.

„Profit oder Gesundheit? Das ist hier die Frage. Deutschland muss in genug erreichbare Krankenhäuser investieren – und nicht in mehr als 100 gesetzliche Krankenkassen. Statt des Einsparinteresses der Kassenlobby muss die aus ärztlicher Sicht medizinisch erforderliche Versorgung der Patient:innen das Maß aller Dinge sein“, kommentiert Priv. Doz. Dr. med. Michael A. Weber, Präsident des VLK, das Umfrageergebnis.

Und das ist eindeutig: Auf die Frage, ob sie zur Einsparung von Kosten im Gesundheitswesen lieber die Krankenhäuser oder die Krankenkassen reduzieren würden, antworteten knapp 80 Prozent der Bundesbürger:innen, dass sie lieber auf die Masse an Krankenkassen verzichten würden als auf Krankenhäuser in ihrer Nähe. Nur knapp sechs Prozent der Befragten würden umgekehrt lieber weniger Krankenhäuser in Deutschland sehen.



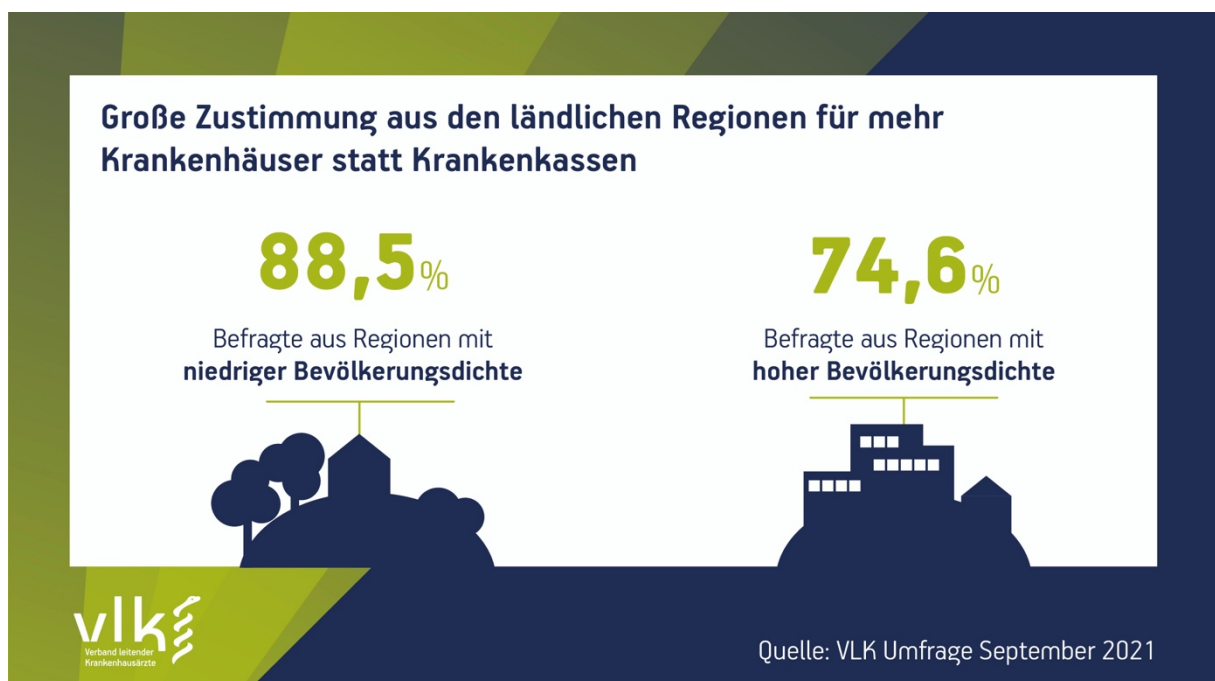
Das macht deutlich, wie wichtig dem größten Teil der Bevölkerung eine flächendeckende Krankenhausversorgung ist. Und es konterkariert eine problematische Forderung des Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses von Krankenkassen, Ärzten und Kliniken, Josef Hecken. Dieser hatte noch im Juli medienwirksam geäußert, dass jedes dritte Krankenhaus in Deutschland überflüssig sei und damit praktisch zur Schließung freigegeben werden sollte.

Das wäre fahrlässig und falsch, sagt Michael Weber: „Gerade jetzt, unter dem Eindruck einer globalen Pandemie, stellen wir fest: Wir sind in Deutschland auf eine bedarfsgerechte Versorgungsstruktur angewiesen. Und zwar in allen Regionen. Die flächendeckende Krankenhausversorgung muss garantiert sein.“

Der Großteil der Befragten stimmt ihm zu. Drei Tage vor der Bundestagswahl ist besonders interessant, wie einhellig die Unterstützung für Krankenhäuser ausfällt, auch unter den Anhänger:innen der verschiedenen demokratischen Parteien im deutschen Bundestag. Vor die Wahl gestellt, ob sie eher auf die Fülle an Krankenkassen verzichten würden oder auf das Krankenhaus in ihrer Nähe, sagten 88,4 Prozent der Unterstützer:innen von Die Linke, dass sie bei den Krankenkassen sparen würden. Bei den CDU / CSU-Anhänger:innen sind 79,3 Prozent dieser Meinung, dicht gefolgt von Wähler:innen der Grünen mit 78,8 Prozent. Auch 77,4 Prozent der SPD-Unterstützerr:innen würden lieber die Krankenkassen-Kosten reduzieren, bei den FDP-Unterstützer:innen sind es 75,7 Prozent.



Die größte Zustimmung für die Reduzierung der Krankenkassen gibt es im Übrigen auf dem Land. 88,5 Prozent der Bürger:innen, die ländlich wohnen, wünschen sich Einsparungen bei Krankenkassen statt bei Krankenhäusern. In dicht besiedelten und städtischen Gebieten waren es im Durchschnitt 74,6 Prozent der Befragten, die eher Krankenkassen als Krankenhäuser schrumpfen würden.



Und Einsparpotenzial ist bei den Krankenkassen vorhanden, wie etwa eine [Studie der Boston Consulting Group](#) zeigt: Demnach lagen 2020 allein die Netto-Verwaltungskosten aller gesetzlichen Krankenversicherungen bei 11,75 Milliarden Euro.

Pressekontakt:

Normann Schuster, Hauptgeschäftsführer VLK

Mail: Schuster@vlk-online.de

Tel: Telefon: [0211/45 49 90](tel:0211454990)